
Literaturbericht

Werner Lehne

Schlaglichter auf die aktuelle Debatte zum Thema Kriminalprävention

Helmut Kury/Joachim Obergfell-Fuchs (Hrsg.): Crime Prevention. New Approaches, Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoptionen, hrsg. vom Weißen Ring, Mainz (Weisser Ring Verlags-GmbH) 2003, 492 S., 13,- €

Dieter Dölling/Thomas Feltes/Wolfgang Heinz/ Helmut Kury (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention – Analysen und Perspektiven. Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg, Band 15 der Reihe Empirische Polizeiforschung, Holzkirchen/Obb. (Felix-Verlag) 2003, 293 S., 12,- €

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalprävention (Hrsg.): Evaluier- te Kriminalprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten, München (Deutsches Jugendin- stitut) 2003, 215 Seiten, kostenlos

Einleitung

Das Thema Kriminalprävention ist zwar auf der einen Seite ein „Evergreen“ in der kriminologisch-kriminalpolitischen Debatte, hat auf der anderen Seite aber in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren auch einen deutlichen Schub und eine teilweise neue Ausrichtung erfahren. Wurde Kriminalprävention traditionell primär als eine Wirkungsebene des Strafrechtssystems ebenso wie der Sozialpolitik gedacht und war damit eher ein Lehrbuchkonzept, so ist heute von Kriminalprävention überwiegend im Zusammenhang mit unterschiedlichsten Projekten, Kampagnen und Gremien die Rede und ist sie ein prominentes Thema der tagespolitischen Sicherheitsdebatte. Diese Entwicklung drückt sich in verschiedensten Phänomene aus: (1) Seit Anfang der 1990er Jahre hat eine wahre Gründungs-Flut von Projekten der „Kommunalen Kriminalprävention“ eingesetzt (siehe Lehne 1998). (2) Verknüpft mit dieser Entwicklung und vor dem Hintergrund der „Krise des Sozialstaats“ ist in der Jugendsozialarbeit Kriminalprävention zu einer dominierenden Zielperspektive geworden. (3) In den letzten zehn Jahren hat sich das „Deutsche Forum für Kriminalprävention“¹ mit jährlichen Präven-

¹ www.kriminalpraevention.de

tionstagen, mit einer Fachzeitschrift (Forum Kriminalprävention), einer Stiftung usw. etabliert. (4) Aus den USA und aus Großbritannien stammend, übt die Philosophie und Praxis der Evaluation von Kriminalpräventionsprojekten zum Zwecke der Ermittlung der „best practice“ bzw. zur Beantwortung der Frage „what works“², zunehmend auch auf die deutsche Debatte Einfluss aus³. (5) Die aktuellen Analysen zum Wandel der (sozialen) Kontrolle bzw. zur „New Culture of Control“ (Garland) lassen sowohl erwarten, dass präventive Reaktionen an Bedeutung gewinnen, als auch, dass spezifische Formen der Prävention (situative Ansätze, Inter-Agency-Programme, Maßnahmen der Responsibilisierung) dabei zunehmend dominieren.

Die Frage, die im Folgenden diskutiert werden soll, ist die nach den Schwerpunkten und Strukturen des aktuellen Diskurses zum Thema Kriminalprävention in der Fachliteratur. Dies geschieht auf der Grundlage dreier eher zufällig ausgewählter Bücher, die folglich zwar nicht als repräsentativ für die gesamte Debatte angesehen werden können, angesichts ihres je spezifischen Kontextes und Zuschnitts aber ein breites Spektrum abdecken. Es handelt sich bei allen drei Büchern um Sammelbände. Eine Publikation ist dem Themenkomplex Begleitforschung zu Modellprojekten der Kommunalen Kriminalprävention gewidmet (Dölling u.a. 2003), eine den Erfahrungen und Evaluationsergebnissen von Modellprojekten zur Kriminalprävention in der Kinder- und Jugendhilfe (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalprävention 2003) und eine weitere Publikation eher generell neuen Ansätzen in der Kriminalprävention (Kury/Obergfell-Fuchs 2003).

Die Lektüre dieser Bücher macht sehr schnell die Unbestimmtheit des Präventionsbegriffs deutlich: Die einzige Gemeinsamkeit der vielen verschiedenen angesprochenen Präventionsmaßnahmen besteht darin, dass als deren Zielsetzung die Verhinderung/Reduktion von Kriminalität in der Zukunft genannt wird. Die Maßnahmen, die diesem Ziel dienen sollen, reichen von solchen, die an Situationen ansetzen, über opferbezogene bis zu täterbezogenen Ansätzen, wobei es oft potentielle Opfer und Täter sind, die ins Visier genommen werden. Und die Maßnahmen reichen von wohlfahrtsstaatlichen kompetenz- und entwicklungsfördernden oder auch unterstützenden Angeboten, über repressive Ansätze (Erhöhung der Kontrolle, des Entdeckungs- und Bestrafungsrisikos etc.), bis hin zur technopräventiven Veränderung der Gelegenheitsstruktur (z.B. technischer Diebstahlsschutz). Und nicht selten besteht ein Präventionsprojekt schlicht darin, dass die Zusammenarbeit verschiedener Akteure, etwa aus der Polizei, der Sozialarbeit und

2 Prominentes Beispiel ist die Meta-Evaluationsstudie von Sherman u.a. (1997) im Auftrag des amerikanischen Justizministeriums, in der 500 Einzelstudien verarbeitet wurden.

3 Siehe das „Düsseldorfer Gutachten“, das im Auftrag des dortigen Präventionsrates als Gutachten über „empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen“ in Form einer Meta-Evaluationsstudie erstellt wurde.

der lokalen Verwaltung, in Bezug auf bestimmte Sicherheitsprobleme verbessert werden soll.

Mit dem Begriff Prävention wird nicht, wie gern fälschlich assoziiert, ein Ansetzen an „tieferliegenden“ sozialen „Ursachen“ bezeichnet, sondern schlicht eine spezifische zeitliche Abfolge zwischen einer Intervention/ Maßnahme und dem zu beeinflussenden Kriminalitätsereignis: Die Intervention erfolgt im Vorgriff auf befürchtete zukünftige Straftaten und zum Zwecke deren Verhinderung und nicht notwendig und primär als Reaktion auf eine Straftat.

Aber damit nicht genug. Im Falle der „Kommunalen Kriminalprävention“ geht es nicht einmal mehr primär um die Reduktion von Kriminalität in der Zukunft, sondern weitgehend um die Reduktion der sogenannten Kriminalitätsfurcht, die sich bei genauerer Betrachtung als Unsicherheitsempfindung an spezifischen geographischen Orten unter spezifischen Bedingungen (allein und im Dunkeln) herausstellt, und die mit Kriminalität überwiegend gar nichts zu tun hat. Entsprechend stellt sich die Debatte um das Thema Kommunale Kriminalprävention auch anders dar als die sonstige Präventionsdebatte. Als übergreifendes Thema des gesamten Präventionsdiskurses stellt sich dagegen das der Evaluationsforschung dar.

Aus den genannten Gründen werde ich im Folgenden die unterschiedlichen Diskussionskontexte zuerst jeweils gesondert behandeln, um abschließend auf das Thema Evaluationsforschung einzugehen.

Kriminalprävention – Neue Ansätze?

Die Mehrzahl der 18 Aufsätze in dem englischsprachigen vom „Weißen Ring“ herausgegebenen Band mit dem Titel „Crime Prevention – New Approaches“ (Kury/Obergfell-Fuchs 2003) beschäftigt sich mit Präventionsansätzen bezogen auf bestimmte Delikte: juvenile delinquency, hate crime, school crime, sexual crime, partner violence etc.

Viele dieser Beiträge (David Huizinga/Sharon Mihalic, David P. Farrington/Brandon C. Welsh, Steve Aos, Paul C. Friday, Ojmarr Mitchell/Doris L. MacKenzie) sind geprägt von der „what-works-Philosophie“, entsprechend derer gute und vorbildliche Präventionsprojekte solche sind, deren Effektivität per Evaluation nachgewiesen ist. Dieses technokratische Verständnis führt zu der Fiktion einer rationalen, wissenschaftlich angeleiteten Sicherheits- und Kriminalpolitik, bei der die Wirksamkeit, im Idealfall unter Abwägung der unerwünschten Nebenwirkungen, das Kriterium der Politikgestaltung ist. Als ob die Entscheidung, ob mit wohlfahrtsstaatlichen Strategien, per Technoprävention oder mit repressiv abschreckenden Mitteln Sicherheit befördert werden soll, primär eine des Grades der nachweisbaren Effektivität dieser Strategien sei.

Im Zusammenspiel mit der oben besprochenen Unbestimmtheit des Präventionsbegriffs bietet diese Art der Debatte allerdings auch Raum, für jede Art von kriminalpräventiven Bemühungen zu werben, indem mit der nachgewiesenen oder noch nachzuweisenden Wirksamkeit argumentiert wird. Mit welchen Präventionsansätzen sich dabei auseinandergesetzt bzw. für welche geworben wird, hat mit den kriminal- und sicherheitspolitischen Präferenzen, mit dem eher zufälligen Arbeits- und Forschungsbereich oder auch mit eigenen theoretischen Überlegungen in Sachen Kriminalitätsursachen zu tun. So finden sich Beiträge, die auf den bekannten Pfaden wohlfahrtsstaatlicher Unterstützung in Familie, Schule und „Community“ wandeln (David Huizinga/Sharon Mihalic, David P. Farrington/Brandon C. Welsh), solche, die auf die Befähigung zu einem selbstbestimmten Leben als Voraussetzung für das Herauswachsen aus der Jugendkriminalität setzen (Siegfried Lamnek), solche, die durch einen Mix aus Abschreckung, Änderung der Geschlechterrollen in der Gesellschaft und Rehabilitationsmaßnahmen für die Täter den sexuellen Missbrauch von Kindern verhindern wollen (Rebecca M. Bolen), bis hin zu solchen, die gesellschaftliche Veränderungen wie mehr soziale Gerechtigkeit sowie Abbau von Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung von Zuwanderern als notwendige Präventionsmaßnahme gegen „Right-Wing Extremism“ propagieren (Christoph Butterwegge). Daneben gibt es Autoren, die auf „Restorative Justice“ setzen (Mary P. Koss/Karen J. Bacher, Paul C. Friday) oder auf „Hot spots policing“ (David Weisburg/Anthony A. Braga) oder auch auf „prison-based drug treatment“ (Patricia L. und Paul J. Brantingham).

Auffällig ist, dass entgegen dem vielfach diagnostizierten Trend in Richtung situativer Prävention und Responsibilisierung relativ viele Beiträge von sozialen und gesellschaftlichen Ursachen für kriminelles Verhalten ausgehen und entsprechende Präventionsmaßnahmen anführen oder einfordern. Daran zeigt sich vielleicht, dass entsprechende Entwicklungen insbesondere in Deutschland nicht so dominant sind, wie vermutet werden könnte. Es zeigt sich m.E. aber vor allem, dass der rein effektivitätsorientierte Präventionsdiskurs Raum bietet für die Propagierung wohlfahrtsstaatlicher Konzepte gerade auch gegen eine andersgerichtete Entwicklung.

In der Einleitung der Herausgeber wird ihr entsprechendes Anliegen zwischen den Zeilen deutlich. Sie erwähnen die zu beobachtende wachsende Punitivität in vielen westlichen Ländern und wollen dagegen einen „as rational as possible intercourse with delinquency“ setzen, in der Überzeugung, dass nachweislich verschiedenste Präventionsansätze wirksamer, machbarer und effizienter sind als z.B. Gefängnisstrafen, boot-camps etc.

Aber ist eine hoch rationale, an Effektivitätskriterien orientierte präventive Kriminalpolitik wirklich notwendig eine humane, integrative, gerechte, leidreduzierende, freiheitliche etc.? Geht es nicht vielmehr um den Stellenwert dieser Adjektive als „Qualitäts-Kriterien“ innerhalb der Kriminalpoli-

tik und -prävention und ist dieses nicht eher eine politische und ethische als eine wissenschaftliche Frage? Meines Erachtens sollte sich eine ethisch positionierende Kriminologie offen zu ihren Wertprämissen bekennen und nicht hinter Effektivitätsargumenten verstecken.

Eine interessante Position vertreten in diesem Zusammenhang Tim Hope und Susanne Karstedt, die eine Argumentation für die Notwendigkeit der Wiederbelebung des Sozialen innerhalb kriminalpräventiver Überlegungen entwickeln. Die Vernachlässigung des Sozialen innerhalb der „Neuen Prävention“ führe, wenn nicht sowieso ohne theoretischen Bezug gearbeitet werde, notwendig zu blinden Flecken im Verständnis von Präventionsansätzen und deren Wirkungen. Selbst die neuen Präventionstechnologien würden auf Prozesse der „social cohesion“ und auf „communitarian bonds“ aufbauen und davon abhängig sein. Zudem seien Entwicklungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft im Sinne der Ausprägung verschiedener Formen des sozialen Zusammenhalts ganz entscheidend (nicht nur) für die Herausbildung von Kriminalitätsproblemen und dürften deshalb für ein umfassendes Verständnis nicht vernachlässigt werden.

Kommunale Kriminalprävention

„Kommunale Kriminalprävention“ (KKP) ist ein Phänomen, das in den letzten 10 Jahren in Deutschland eine ungeheure Popularität erfahren hat. Anhand der Publikation „Kommunale Kriminalprävention – Analysen und Perspektiven. Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg“ (Dölling u.a. 2003) will ich versuchen, einige wesentliche Linien des Diskurses um KKP zu bestimmen.

Zwar wird unter der Überschrift „Kommunale Kriminalprävention“ auf kommunaler Ebene auch all das praktiziert, was üblicherweise als Kriminalprävention angesehen wird (insbesondere unterschiedlichste Maßnahmen zur Reduktion der Jugendkriminalität, des Fahrrad- und des Kaufhausdiebstahls), der Zielpunkt der Bemühungen aus Sicht der Protagonisten der KKP ist aber gerade nicht primär die Reduktion von Kriminalität, sondern die Verbesserung der lokalen Sicherheitslage und diese wird als subjektive Sicherheitslage gefasst, die nichts oder nur sehr vermittelt mit Kriminalität zu tun hat.

KKP hat sich in Deutschland zu einem Synonym für eine neue lokale Sicherheitspolitik bzw. Policing-Strategie entwickelt, die auf einer Linie liegt mit den Konzepten „Community-Policing“, „Problem-Oriented Policing“ und „Multi-Agency-Approach“ und die auf die aktuellen Befunde und Debatten zum Thema Kriminalitätsfurcht/subjektive Sicherheit aufbaut. In diesem Sinne schreibt Thomas Feltes zu den Grundlagen der vier wissenschaftlich begleiteten Projekte der Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg in den Jahren 1993 bis 1995: „Grundgedanke war und ist, dass zahlreiche gesellschaftliche Kräfte innerhalb der Kommune lokale Probleme der öf-

fentlichen Sicherheit aufgreifen, gemeinsam Lösungen erarbeiten und diese über interdisziplinäre Arbeitsgruppen umsetzen““ (S. 5).

Was die relevanten Probleme der öffentlichen Sicherheit sind, lasse sich weder überregional noch allein anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik bestimmen. Vielmehr bedürfe es als Ausgangspunkt lokaler Problemlösungen lokaler Problemanalysen. Unter Verweis auf kriminologische Erkenntnisse zur Dunkelfeldproblematik und insbesondere zum Thema Kriminalitätsfurcht/subjektive Sicherheit werden in solchen kriminologischen Regionalanalysen neben der Auswertung der registrierten Kriminalität Bevölkerungsbefragungen zur Viktimisierung, zu subjektiven Sicherheitsempfindungen und zu den Quellen deren Beeinträchtigung durchgeführt. Und da das Konzept KKP gleichzeitig auf die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung im Sinne der Philosophie des „Community Policing“ zielt, gehört zu solchen Befragungen auch die Erhebung von Einstellungen über die Polizei, die Bewertungen der Arbeit der Polizei, Befragungen über das Anzeigeverhalten etc. In der Durchführung solcher regionalen Sicherheitsanalysen besteht primär die wissenschaftliche Begleitung.

Und was kommt bei diesen Sicherheitsanalysen heraus? Die drei Artikel zur Kriminalitätslage in den Gemeinden des Pilotprojektes aus Sicht der Polizei bieten m.E. jenseits des Erwartbaren kaum Erkenntnisse. Anders sieht es bei den Artikeln über die Ergebnisse der drei Bevölkerungsbefragungen in den Modellprojektstädten aus. Bezogen auf den Zweck dieser kommunalen Erhebungen, Grundlage für kommunale Kriminalprävention sein zu wollen, liefern sie eine Reihe interessanter Ergebnisse:

- a) Zur Gewichtung von Kriminalität als soziales Problem und zu den Annahmen der Bürger über die Ursachen von Kriminalität und Kriminalitätsanstiegen: Wird offen und bezogen auf den Stadtteil gefragt, dann rangiert Kriminalität deutlich hinter Verkehrsproblemen und sozialen Problemen. Fragt man allerdings gezielt nach Kriminalität, dann verschiebt sich das Ergebnis. Ebenso wird unabhängig von der realen Entwicklung überwiegend von einem Anstieg der Kriminalität ausgegangen und als die beiden wichtigsten Gründe werden zuerst wirtschaftliche und/oder soziale Gründe (27,4%) und dann Ausländer und Randgruppen (19,9%) genannt.
- b) Zur „Kriminalitätsfurcht“ differenziert nach Orten und Anlässen der Verunsicherung: Orte der Verunsicherung sind überwiegend wenige Innenstadt-Bezirke (speziell auch die Bahnhofsbezirke), allerdings primär und speziell für Menschen, die dort nicht leben und diese Bezirke bei Dunkelheit nach Möglichkeit meiden. Als Auslöser der Verunsicherung werden furchtauslösende Personengruppen in diesen Vierteln genannt: z.B. Gruppen von Jugendlichen, Ausländern, Obdachlosen. Daneben werden Orte genannt, die wegen ihrer Unübersichtlichkeit, Menschenleere, Verwahrlosung etc. verunsichernd wirken.

- c) Zur Vorstellungen der Bevölkerung über Maßnahmen der Erhöhung des Sicherheitsgefühls: Hier zeigt sich eine deutliche Präferenz polizeilicher Reaktionen (68,5%), gefolgt von Möglichkeiten der Technoprävention (20,4%). Maßnahmen der Gestaltung des öffentlichen Raumes (5,5%) ebenso wie soziale Maßnahmen (4,4%) rangieren unter „ferner liefen“.

Diese Erkenntnisse verdeutlichen sowohl, dass die Quellen der Verunsicherung vielschichtig sind und wenig mit Kriminalität im engeren Sinne zu tun haben, als auch, dass die öffentliche Meinung ambivalent und vielschichtig ist und Ansatzpunkte sowohl für Dramatisierungen, repressive und Randgruppen ausgrenzende als auch für entdramatisierende, integrative sozialstaatliche Lösungen bietet. Allerdings scheint es für die vertrauten polizeilichen sowie für technopräventive Lösungen einfacher zu sein, Zustimmung zu gewinnen.

Und welche Präventionsaktivitäten folgten nun daraus? Erstaunlicherweise bietet die Publikation keine systematische Darstellung der getroffenen Präventionsmaßnahmen in den Modellprojektstädten, geschweige denn eine Bilanzierung des Ertrags der Maßnahmen. Die wissenschaftliche Begleitung scheint diese Fragen nicht mit eingeschlossen zu haben. Lediglich im Kapitel „Akzeptanz des Modellprojekts aus der Sicht der Kommune“ bzw. der Polizei kommen Bürgermeister und Polizeivertreter zu Wort und vermitteln kleine Einblicke darin, welche Maßnahmen real getroffen wurden. Es findet sich das bekannte Spektrum präventiver Projekte, von Selbstverteidigungskursen für Mädchen, über Fahrradcodieraktionen, Hausaufgaben- und Spielplatzbetreuung, Aufklärungskampagnen in Sachen Kriminalitätsrisiken und Kriminalitätsfurcht bis hin zu verstärkter Polizeipräsenz, besserer Beleuchtung oder Aufstellung eines Polizeicontainers am ZOB in Calw. Ein Bezug zu den vielfältigen Analysen im Rahmen der Begleitforschung ist in zwei Punkten festzustellen: manche Maßnahmen konzentrieren sich auf solche Orte (z.B. ZOB), die in den Bevölkerungsbefragungen als „Angst-Orte“ identifiziert wurden und Teile der Aufklärungskampagnen beziehen sich auf die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen.

Der erste Bürgermeister der Stadt Ravensburg, Hans-Georg Kraus, bringt es auf den Punkt:

„Kriminalprävention war für die Städte Ravensburg und Weingarten ein neues Thema. Die Maßnahmen waren es nicht; sie konnten an vieles anknüpfen, was bereits unter anderen Gesichtspunkten in der Vergangenheit erarbeitet wurde. Betreuung an den Schulen, Schulsozialarbeit und Jugendarbeit sind Themen, die in beiden Städten schon immer auf der Tagesordnung standen und weiterhin stehen werden.“ (S. 264)

Obwohl die Initiatoren eine entsprechende Ausrichtung verfolgten und obwohl die Bevölkerungsbefragungen diese Ausrichtung gestützt haben, scheint doch nur zu einem begrenzten Teil eine Konzentration auf die Sicherheits-

probleme jenseits von Kriminalität und auf Maßnahmen jenseits des Standardrepertoires der Kriminalprävention gelungen zu sein. Vielleicht hat das u.a. damit zu tun, dass KKP schon von der Überschrift her irreführend ist und zudem oft auch ambivalent dargestellt wird, indem z.B. der Slogan, Kriminalität solle dort verhindert werden, wo sie entstehe (nämlich auf lokaler Ebene), als ein Markenzeichen der KKP in die Welt gesetzt wird.

Es ist darüber hinaus schwer einzuschätzen, inwieweit ein anderes wesentliches Ziel der KKP, nämlich die Aktivierung verschiedenster staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte für Maßnahmen der Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit, in den Modellprojekten gelungen ist. Zwar haben sich offenbar ressortübergreifende Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen gebildet, die Bemerkungen der Praxisvertreter über deren Arbeit drücken aber eher Zurückhaltung und Skepsis hinsichtlich der Ergebnisse dieser Arbeit aus.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die zur Diskussion stehenden Projekte der KKP mit allen anderen Präventionsprojekten gemein haben, dass die Art der zu ergreifenden Präventionsmaßnahmen prinzipiell völlig unbestimmt bleibt. Den Protagonisten aus dem Bereich der Wissenschaft und der Kriminal- bzw. Sicherheitspolitik schwebt/e offensichtlich gleichwohl vor, über eine veränderte Thematisierung von Sicherheitsproblemen – weniger als allein strafrechtlich und polizeilich zu lösende Kriminalitätsprobleme und -risiken denn als ressortübergreifend kreativ zu bearbeitende Problemlagen der Verunsicherung und Irritation – zu einer veränderten Sicherheitspolitik zu gelangen. Diesem Zweck dienen u.a. die als Begleitforschung deklarierten Befragungen und Auswertungen.

Was dabei herauskam, war eine lokale Sicherheitspolitik, die jenseits der kontinuierlichen Arbeit der Polizei, der Jugendämter und anderer staatlicher Stellen aus speziellen Projekten oder Programmen besteht. Diese Projekte können zwar, sind aber i.d.R. nicht rein polizeilich/strafrechtlich ausgelegt, sondern auf der einen Seite eher wohlfahrtsstaatlich/sozialarbeiterisch und auf der anderen Seite techno- und situationspräventiv ausgerichtet. Highlights darüber hinaus sind eher seltene Projekte, in denen alternative und integrative Formen z.B. der Regelung von Nutzungskonflikten bezüglich des öffentlichen Raumes entwickelt und umgesetzt werden (siehe Beispiel Augustinerplatz in Freiburg, S. 260-61). Darüber hinaus wird ein Teil der Ressourcen von Polizei und Sozialbürokratie auf die „Angst-Orte“ und „Kriminalitäts-Brennpunkte“ umgesteuert, z.B. als Straßensozialarbeit in der offenen Drogenszene oder als verstärkte Polizeipräsenz am ZOB in Calw.

Kriminalprävention in der Kinder- und Jugendhilfe

Die Publikation „Evaluierte Kriminalprävention in der Kinder- und Jugendhilfe – Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten“ (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalprävention 2003) dokumentiert fünf Evalua-

tionsstudien von Präventionsprojekten im Bereich Jugendkriminalität, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben und finanziert wurden, sowie eine thematische Einleitung zur „Evaluation von Kriminalprävention“. Die evaluierten Modellprojekte bieten jenseits eines Anspruchs auf Repräsentativität einen Einblick in aktuelle Aktivitäten im Bereich Kriminalprävention in der Kinder- und Jugendhilfe.

Zuerst einmal fällt auf, dass alle evaluierten Programme entweder im Kontext „Kommunaler Kriminalprävention“ stattfinden oder aber explizit der Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit, meist zwischen Polizei und Sozialarbeit, dienen sollen.

Ausgangspunkt von Projekten zur Prävention von Jugendkriminalität ist in der Regel der Anstieg der registrierten Jugendkriminalität. Zielsetzung ist folglich die Reduktion derselben. Soweit solche Projekte im Rahmen Kommunaler Kriminalprävention betrieben werden, kommt es erwartbar zu Spannungen zwischen dieser Zielsetzung und der Dynamik Kommunaler Kriminalprävention im Sinne von Maßnahmen zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit. Beide Perspektiven laufen da zusammen, wo allgemeine Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ergriffen werden: z.B. in Form der Schaffung von Freizeitmöglichkeiten, jugendgerechten Treffpunkten etc. Dass solche Maßnahmen eine kriminalpräventive Relevanz haben und ebenso zu einer Verbesserung der Sicherheit im Quartier beitragen, wird dabei ohne weiteren Nachweis unterstellt. Dort hingegen, wo auf die Sicherheitsbedürfnisse der Bewohner und die Aktivierung der Nachbarschaft gesetzt wird, sprechen Sabine Behn u.a. (S.60) von einer „Aktivierungsfalle“. Wenn man in solchen Projekten auf die Aktivierung der Bewohner setze und sich an ihren Sicherheitsbedürfnissen orientiere, stelle sich schnell heraus, dass nicht wie anfänglich unterstellt, (Jugend-)Kriminalität als Quelle der Verunsicherung im Zentrum stehe, sondern vielmehr verschiedenste Disorder-Probleme.

Bei den meisten Projekten steht die Verbesserung der Kooperation zwischen Polizei und Jugendhilfe/Sozialarbeit im Zentrum. Damit ist weitergehend entweder die Zielsetzung verbunden, i.d.R. bereits polizeilich auffällig gewordene Kinder und Jugendliche verlässlich und zeitnah dem Jugendhilfesystem zu melden, damit von dort sozialpädagogische Interventionen (sei es auch nur die Vermittlung in einen Sportverein und die Qualifizierung von Übungsgruppenleitern wie in Thüringen, siehe Andrea Frankenberg/Annegret Zacharias) veranlasst werden, oder es wird generell eine reibungslosere Zusammenarbeit im Rahmen der Jugendstrafrechtspflege oder auch im Rahmen schulischer Präventionskampagnen angestrebt.

Es ist schon erstaunlich, dass die vom Bundesministerium durch die Finanzierung einer Evaluationsforschung als beispielhaft ausgewählten Kriminalpräventionsprojekte allesamt lediglich eine verbesserte Kooperation verschiedener Akteure zum Ziel haben. Etwas böswillig könnte man darin viel-

leicht eine Flucht vor den inhaltlichen Problemen sinnvoller Kriminalprävention in Fragen der Organisation derselben sehen.

Evaluations- und Begleitforschung

Wie bereits angesprochen, ist das Thema wissenschaftliche Evaluation und Begleitung kriminalpräventiver Projekte die große Klammer der drei hier besprochenen Publikationen. Dabei wird das Ziel solcher Evaluationsforschung und der Weg, auf dem sie zu betreiben ist, durchaus sehr unterschiedlich gesehen.

Weitgehend aus dem Rahmen fällt die Begleitforschung zur Kommunalen Kriminalprävention. Dort findet keine Evaluation (Bedeutung des Wortes: Bewertung) der KKP statt, sondern kriminologische Forschung in Form von Bevölkerungsbefragungen etc. wird zur Grundlage der Arbeit von Gremien der KKP gemacht.

Innerhalb der „wirklichen“ Evaluationsforschung im Bereich kriminalpräventiver Maßnahmen gilt es zwischen der „Prozessevaluation“ und der „Ergebnisevaluation“ zu unterscheiden, wobei grundsätzlich beide miteinander kombiniert werden können. Dabei ist die Prozessevaluation, also die systematische Überprüfung und Reflexion, ob gegebene Präventionskonzepte tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden (können), die weniger kontrovers diskutierte Variante. Bei dieser Forschung geht es z.B. um die Frage, ob das Konzept schlüssig und eindeutig ist, ob die Projekte die anvisierte Zielgruppe erreichen, ob die vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt werden können, ob Öffnungszeiten realisiert werden etc. Nicht selten sind solche Forschungen als „formative“ Evaluation (Bernd Holthusen/Christian Lüders, in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalprävention 2003, S. 13) konzipiert, d.h. in einem ständigen Prozess der Rückmeldung soll zu einer zunehmenden Verbesserung der Praxis beigetragen werden. Kontrovers wird die Debatte eigentlich erst bei der Frage, ob Prozessevaluation allein ausreicht oder durch Ergebnisevaluation zu ergänzen ist.

In den Evaluationsstudien des Deutschen Jugendinstituts wird sich auf die Prozessevaluation, in durchaus verdienstvoller Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung, konzentriert und beschränkt. Eine Ergebnisevaluation findet nicht statt und es wird sich in dem Einleitungskapitel zum Thema Evaluation auch deutlich von einem entsprechenden Anspruch, wie er in den angelsächsischen Ländern unter der Überschrift „what works“ sehr verbreitet ist, abgegrenzt. Wirkungsevaluation mache, wenn überhaupt, nur Sinn, wenn sie „am Ende eines Entwicklungsprozesses von Programmen bzw. Projekten“ stehe und sich auf „reife, d.h. konzeptionell entwickelte, erprobte und bewährte Programmstrukturen und -prozesse bezieht“ (a.a.O., S. 23). Zugespitzt wird formuliert: „Fehlende Nachweisbarkeit von Wirkungen spricht allerdings nicht gegen Kriminalprävention an sich, denn Wirkungsnachweise kann auch das Strafrecht nicht vorweisen“ (a.a.O., S. 18).

Einen direkten Gegenpol zu dieser Perspektive bildet die Forderung verschiedener Kriminologen, Praxis- und Politikvertreter, vor allem aus den USA und GB, kriminalpräventive Ansätze und Projekte konsequent hinsichtlich ihrer kriminalpräventiven Wirksamkeit zu evaluieren und anhand entsprechender Ergebnisübersichten (Meta-Evaluation) „best practice“ Kataloge zu erstellen. Der Königs-Weg, auf dem solche Ergebnisevaluation zuverlässig zu betreiben sei, wird in einem experimentellen Forschungsdesign mit Kontrollgruppe und hinreichend langen Untersuchungszeiträumen gesehen.

Kritik an entsprechenden Studien und Forderungen richtet sich gegen folgende Punkte: der Aufwand für solche Studien sei so groß, dass sie nur in ausgewählten Fällen realisierbar seien; die Frage unbeabsichtigter „Nebenwirkungen“ (Verdrängungseffekte, Stigmatisierung, Beeinträchtigungen etc.) würde unzureichend berücksichtigt; angesichts der Komplexität und mangelnden Kenntnis der verschiedenen Einflussgrößen ließe sich nicht klären, ob mögliche Effekte tatsächlich auf das entsprechende Präventionsprogramm zurückzuführen seien; insbesondere solange nicht auch das Wie und Warum präventiver Effekte erforscht werde und es oft an einer entsprechenden theoretischen Grundlage mangle, könne man keine Aussagen über die Wirkungsweise und Übertragbarkeit entsprechender Programme machen.

Aus solcher Kritik werden dann allerdings zwei unterschiedliche, man kann sogar sagen entgegengesetzte Konsequenz gezogen: während die einen, wie bereits beschrieben, den weitgehenden Verzicht auf eine Wirkungsevaluation und die Beschränkung auf Prozessevaluation daraus ableiten, plädieren die anderen (z.B. Jefferson E. Holcomb/Steven P. Lab oder Tim Hope/Susanne Karstedt in Kury/Obergfell-Fuchs 2003) in Anerkennung der genannten Probleme für eine bessere, stärker theoretisch fundierte und üblichen wissenschaftlichen Kriterien entsprechende Wirkungsforschung. Tim Hope und Susanne Karstedt setzen gegen den Trend der unzähligen, an kurzfristigen Politik- und Praxisinteressen orientierten, theorielosen und überwiegend auch nur zwischen „government-sponsored experts and practitioners“ diskutierten Forschungsbefunden den Anspruch, lieber weniger und bessere Forschungen zu betreiben, die zum einen auf theoretische Modelle und den kriminologischen Wissens- und Diskussionsstand aufbaut und zum anderen ihre Ergebnisse neben den Auftraggebern auch der „scientific community“ zur Diskussion stellt.

Nun könnte man natürlich sagen, dass zumindest letzteres ja mit den besprochenen Büchern geschehen sei. Dann kommt man allerdings auch nicht um das vernichtende Urteil herum, dass keine einzige der publizierten Evaluationsstudien den formulierten Ansprüchen auch nur annähernd gerecht wird. Entweder findet gar keine Ergebnisevaluation statt oder aber es mangelt derselben an jeglichem theoretischen Unterbau, so dass kein Beitrag zum Verständnis der vermeintlichen Wirkungsweise der Maßnahme geleistet wird.

Literatur

- Lehne, Werner (1998): Kommunale Kriminalprävention. Die Reorganisation des Politikfeldes Innere Sicherheit, in: Hitzler, Ronald/Peters, Helge (Hrsg.): Inszenierung innerer Sicherheit – Daten und Diskurse, Opladen, S. 113-130.
- Lehne, Werner (2002): Aktuelle Präventionskonzepte im Spiegel der kriminologischen Debatte, in: Anhorn, Ronald/ Bettinger, Frank (Hrsg.): Kritische Kriminologie und Soziale Arbeit. Impulse für professionelles Selbstverständnis und kritisch-reflexive Handlungskompetenz, Weinheim und München, S. 169-188.
- Sherman, Lawrence W./Gottfredson, Denise C./MacKenzie, Doris/Eck, John/ Reuter, Peter/Bushway, Shawn D. (Hrsg.) (1997): Preventing Crime: What Works, What doesn't, what's promising: A report to the United States Congress. Washington D.C.: U.S. Department of Justice, Office of Justice Programs.
- Düsseldorfer Gutachten (2002): Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen, Gutachten für die Landeshauptstadt Düsseldorf vom Institut für Kriminalwissenschaften und Fachbereich Psychologie – Sozialpsychologie – der Philipps-Universität Marburg in Zusammenarbeit mit anderen (<http://www.duesseldorf.de/download/dg.pdf>).

Universität Hamburg/Aufbaustudium Kriminologie, Allende Platz 1, 20146 Hamburg,
email: lehne@uni-hamburg.de